
Vernehmlassung zum Umsetzungskonzept Integration Uri

Auswertungsbericht

Altdorf, 20. Oktober 2010

INHALTSVERZEICHNIS

1	VORGEHEN	3
2	WER HAT GEANTWORTET?	3
3	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN	4
4	SPEZIFISCHE FRAGEN	4
4.1	IN WELCHEM UMFANG IST IHRE GEMEINDE BETROFFEN, WENN ES UM DIE INTEGRATION VON AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDER GEHT?	4
4.2	WIE STELLEN SIE SICH GRUNDSÄTZLICH ZUM BEILIEGENDEN UMSETZUNGSKONZEPT INTEGRATION?	6
4.3	WIE STELLEN SIE SICH ZU DEN BESCHRIEBENEN ZUSAMMENARBEITSSTRUKTUREN (3.1) DES KONZEPTES (KONKRET, SIND SIE BEREIT EINE KONTAKTPERSON ZU NENNEN?)	7
4.4	WELCHE HALTUNG HABEN SIE ZUR IM KONZEPT ERWÄHNTEN MASSNAHME „PILOTPROJEKT ERSTINFORMATION (3.6.1)?	9
5	ZUSAMMENFASSUNG	11
5.1	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM BERICHT	11
5.1.1	IN WELCHEM UMFANG IST IHRE GEMEINDE BETROFFEN, WENN ES UM DIE INTEGRATION VON AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDER GEHT?	11
5.1.2	WIE STELLEN SIE SICH GRUNDSÄTZLICH ZUM BEILIEGENDEN UMSETZUNGSKONZEPT INTEGRATION?	11
5.1.3	WIE STELLEN SIE SICH ZU DEN BESCHRIEBENEN ZUSAMMENARBEITSSTRUKTUREN (3.1) DES KONZEPTES (KONKRET, SIND SIE BEREIT EINE KONTAKTPERSON ZU BENENNEN)?	12
5.1.4	WELCHE HALTUNG HABEN SIE ZUR IM KONZEPT ERWÄHNTEN MASSNAHME „PILOTPROJEKT ERSTINFORMATION“ (3.6.1)?	12

1 Vorgehen

Der Versand der Unterlagen erfolgte am 06. September 2010. Die Vernehmlassungsfrist war auf den 15. Oktober 2010 festgelegt.

2 Wer hat geantwortet?

Die nachstehende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Adressaten der Vernehmlassung und wer geantwortet hat.

Vernehmlassungsadressaten	Eingang einer Vernehmlassung
Gemeinderat Altdorf	ja
Gemeinderat Andermatt	ja
Gemeinderat Attinghausen	nein
Gemeinderat Bauen	nein
Gemeinderat Bürglen	ja
Gemeinderat Erstfeld	ja
Gemeinderat Flüelen	ja
Gemeinderat Göschenen	nein
Gemeinderat Gurtnellen	ja
Gemeinderat Hospental	nein
Gemeinderat Isenthal	ja
Gemeinderat Realp	nein
Gemeinderat Schattdorf	nein
Gemeinderat Seedorf	ja
Gemeinderat Seelisberg	ja
Gemeinderat Silenen	ja
Gemeinderat Sisikon	ja
Gemeinderat Spiringen	ja
Gemeinderat Unterschächen	nein
Gemeinderat Wassen	ja

3 Allgemeine Bemerkungen

Allgemein ist hinzuweisen, dass unsere Gemeinde kaum mit Integrationsfragen von Ausländerinnen und Ausländer betroffen ist. Dies hat mit dem geringen Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung (ca. 180 Personen / 4 % der Wohnbevölkerung) in unserer Gemeinde zu tun. Auch ist festzustellen, dass aufgrund des herrschenden Wohnungsmarktes in unserer Gemeinde kaum Zuzüge aus dem Ausland erfolgen, sondern eher bereits integrierte Personen.

Gemeinderat
Bürglen

Gestützt auf die vorgenommene Überprüfung teilen wir Ihnen mit, dass das vorgelegte Konzept und die beabsichtigten Strukturen vom Gemeinderat Erstfeld grundsätzlich begrüsst werden. Fragezeichen ergeben sich betreffend Kostenfolge für die Gemeinde. Zu den detaillierten Antworten verweisen wir auf die Ausführungen im beiliegenden Fragebogen.

Gemeinderat Erst-
feld

1. Der Gemeinderat kann sich mit dem vorliegenden Umsetzungskonzept Integration Uri in keiner Weise identifizieren. Er stellt folgendes fest:
 - Ein Umsetzungskonzept oder eine Ausweitung der Bemühungen zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Uri wird als nicht notwendig erachtet.
 - Die Umsetzung eines solchen Konzeptes ist finanziell nicht tragbar.
 - Das heutige System wird als genügend erachtet. In der Gemeinde Flüelen sind diesbezüglich keine Probleme bekannt und auch nicht in Sicht.
2. Gestützt auf diese Ansicht verzichtet der Gemeinderat auf die Beantwortung des mitgelieferten Fragebogens.

Gemeinderat Flüe-
len

4 Spezifische Fragen

4.1 In welchem Umfang ist Ihre Gemeinde betroffen, wenn es um die Integration von Ausländerinnen und Ausländer geht?

Altdorf ist mit einem Ausländeranteil von 13.4% (Kanton 9.4%) stark betroffen. Jährlich ziehen ca. 50 Personen (ohne Asylsuchende) direkt aus dem Ausland nach Altdorf (2008: 52 Personen, 2009: 33 Personen, 2010 (bis 30.9.10): 46 Personen).

Gemeinderat Alt-
dorf

Bis zum heutigen Zeitpunkt ist für die Einwohnergemeinde praktisch kein Aufwand zu verzeichnen. Wir können feststellen, dass diese Personen unter seines gleichen die Informationen abgleichen. In Andermatt sind ca. 220 Ausländerinnen und Ausländer angemeldet, solange diese Zahl nicht massiv ansteigt erachten wir eine direkte Anlaufstelle als unnötig. Freistellen von Stellenprozenten ist zur Zeit kein Thema. Im Schulwesen sind Sprachintegrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländer vorhanden.

Gemeinderat An-
dermatt

Der Gemeinderat war in der Vergangenheit mit Integrationsfragen in unserer Gemeinde nicht betroffen.

Gemeinderat Bürg-
len

Wir gehen davon aus, dass dies hingegen beim Schulrat betreffend Integration

von SchülerInnen in der Vergangenheit ein Thema sein konnte. Dies entzieht sich jedoch unserer Kenntnisse.

Schule, Sprache, Sozialdienst sowie Einbürgerungen

Gemeinderat Erstfeld

Die Gemeinde Gurtellen ist von der Thematik nur am Rande betroffen

Gemeinderat Gurtellen

Die Gemeinde Isenthal kennt die Problematik der Integration von Ausländerinnen und Ausländer praktisch nicht. Wenn eine Ausländerin oder ein Ausländer in unserer Gemeinde Wohnsitz nimmt, ist dieser in der Praxis bereits mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut (aktuell ein alleinstehender deutscher Staatsangehöriger). Ausländische Ehepartner eines Schweizerbürgers integrieren sich in unserer überschaubaren Dorfgemeinschaft mit dem Mitmachen in der Gesellschaft und in den Dorfvereinen.

Gemeinderat Isenthal

Die Gemeinde Seedorf ist wegen des geringen Ausländeranteils (5 %) nur in einem geringen Mass betroffen. Gestützt auf die Gemeindestruktur, insbesondere in Bezug auf das vorhandene Wohnungsangebot geht der GR davon aus, dass sich dies auch in Zukunft nicht gross ändern wird.

Gemeinderat Seedorf

Unsere Gemeinde ist momentan nicht betroffen.

Gemeinderat Seelisberg

Die Gemeinde Silenen ist nur am Rande betroffen. Zurzeit bestehen keine Probleme wenn es um die Integration von Ausländerinnen und Ausländer geht.

Gemeinderat Silenen

In Sisikon hat es bislang keine Integrationsprobleme gegeben. Da unsere Gemeinde klein ist, werden die Ausländer/-innen in der Gemeinde (Schule, Vereine etc.) gut aufgenommen. Bei Fragen (Amtsstellen etc.) steht unsere Verwaltung zur Verfügung. Der Stand der ausländischen Bevölkerung per 31.08.2010 beträgt in Sisikon momentan 44. Davon sind 17 deutsche Staatsangehörige, welche auch keine Sprachbarriere haben. 15 Personen sind mit Schweizern verheiratet oder in der Schweiz geboren.

Gemeinderat Sisikon

Die Gemeinde Spiringen ist zum heutigen Zeitpunkt in Bezug auf die Integration von Ausländerinnen und Ausländern nicht betroffen.

Gemeinderat Spiringen

Gering.

Gemeinderat Wassen

4.2 Wie stellen Sie sich grundsätzlich zum beiliegenden Umsetzungskonzept Integration?

Der Gemeinderat Altdorf begrüsst grundsätzlich, dass der Kanton ein Konzept zur Umsetzung des Integrationskonzeptes vorlegt. Es ist wichtig, dass Kanton und Gemeinden Verantwortung für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern übernehmen. Das Konzept ist aber nicht ganz ausgewogen in Bezug auf die der Verantwortung von Kanton und Gemeinden gegenüberstehenden Pflichten der Ausländerinnen und Ausländer. Integration ist ein Prozess, der aktives Mitmachen der betroffenen Personen verlangt. Die Verpflichtung der Ausländerinnen und Ausländer zur aktiven Integration fehlt im Konzept.

Gemeinderat Altdorf

Das Konzept berechnet sehr genau die Kosten, die bei der Umsetzung des Integrationskonzeptes für den Kanton entstehen. Angaben der für die Gemeinden entstehenden Kosten werden nicht gemacht. Unter diesen Bedingungen kann dem Konzept nicht zugestimmt werden, da die Konsequenzen für die Gemeinden nicht bekannt sind.

Mit dem vorliegenden Konzept werden den Gemeinden Aufgaben zugewiesen, deren Erfüllung mit den vorhandenen Ressourcen nicht möglich ist. Die insbesondere ab 2012 entstehenden Kosten müssen daher rechtzeitig bekannt gegeben werden. Wir gehen dabei davon aus, dass die im Jahr 2011 zu erhebenden Kosten den Gemeinden rechtzeitig vor der Budgetierung 2012 bekannt gegeben werden und die Gemeinden dann nochmals die Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

Grundsätzlich kann diesem Konzept zugestimmt werden. Hier muss das Angebot auf Migrantinnen und Migranten zugeschnitten sein, es darf auch die „Pflicht“ der Eigenverantwortung mit Nachdruck erwähnt werden. Es darf kein kostenloses Angebot einer Rechtsberatung entstehen.

Gemeinderat Andermatt

Der Gemeinderat hat davon Kenntnis genommen. Da er sehr wenig von der Thematik betroffen ist, erachtet er die vorgesehenen Massnahmen als absolut ausreichend.

Gemeinderat Bürglen

Der Gemeinderat Erstfeld erklärt sich grundsätzlich mit dem Umsetzungskonzept einverstanden. Vorbehalt: Die Kostenfolge für die Gemeinde ist nicht abschätzbar.

Gemeinderat Erstfeld

Der Gemeinderat Gurtellen unterstützt grundsätzlich das Umsetzungskonzept.

Gemeinderat Gurtellen

Das Umsetzungskonzept ist für die Gemeinde Isenthal unverhältnismässig. Im Bedarfsfall sollte die Möglichkeit bestehen, sich einer regionalen Organisation anzuschliessen. Dabei muss ein verursachergerechter Kostenverteiler gefunden werden.

Gemeinderat Isenthal

<p>Das Konzept mit den 5 Schwerpunktthemen wird nicht zuletzt aus Solidarität zu Gemeinden, die in einem grösseren Umfang davon betroffen sind, grundsätzlich befürwortet. Der GR erachtet es in diesem Zusammenhang als wichtig, dass durch die Prüfung der Notwendigkeit von Rechtsgrundlagen für die Integrationsförderung geklärt wird, ob und in welchem Rahmen sich die Gemeinden an den künftigen Kosten zu beteiligen haben.</p>	Gemeinderat Seedorf
<p>Grundsätzlich befürworten wir das Umsetzungskonzept Integration. Es liefert Leitplanken für die Zielsetzung von Massnahmen im Rahmen des Integrationsprozesses. Die Erarbeitung eines Leitbildes Integration in Uri bildet eine gute Grundlage für die zukünftige kantonale Integrationspolitik. Aktive Integrationsförderung vermeidet Folgekosten in diversen Bereichen wie Schul-, Arbeits-, Sozial- und Gesundheitswesen.</p> <p>Allerdings müssen die finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden ersichtlich sein.</p>	Gemeinderat Seelisberg
<p>Das Umsetzungskonzept Integration ist grundsätzlich in Ordnung. Der Gemeinderat Silenen hat dazu keine Ergänzungen zu machen.</p>	Gemeinderat Silenen
<p>Information finden wir wichtig; aber dazu benötigt es keine „professionell“ ausgebildete Person.</p>	Gemeinderat Siskon
<p>Das vorliegende Umsetzungskonzept wird als gut beurteilt. Das Umsetzungskonzept sollte an die Gemeinden angepasst sein. Die Gemeinde Spiringen sieht zum heutigen Zeitpunkt keinen Sinn für ein Umsetzungskonzept Integration.</p>	Gemeinderat Spiringen
<p>Positiv, weil mit den Angeboten für Frauen und für spätmigrierte Jugendliche auch wichtige Randgruppen erreicht werden.</p>	Gemeinderat Wassen

4.3 Wie stellen Sie sich zu den beschriebenen Zusammenarbeitsstrukturen (3.1) des Konzeptes (konkret, sind Sie bereit eine Kontaktperson zu nennen?)

<p>Zur 1. Phase (Kontaktperson):</p> <p>Integration betrifft alle Gemeinden, demzufolge müssen alle Gemeinden eine Person benennen. Es ist aber möglich, dass mehrere Gemeinden gemeinsam eine Person benennen (zum Beispiel analog den Regionen der Sozialdienste). Unter der Bedingung, dass alle Gemeinden involviert werden, ist der Gemeinderat Altdorf bereit, eine Kontaktperson zu benennen.</p> <p>Zur 2. Phase (Integrationsbeauftragte):</p> <p>Zeitaufwand, Pensum und Kosten der/des Integrationsbeauftragten sind völlig unklar. Dies muss genauer definiert werden, bevor eine Zustimmung erfolgen kann. Auch hier gilt, dass sich alle Gemeinden beteiligen und gleichermassen</p>	Gemeinderat Altdorf
--	---------------------

an der Finanzierung beteiligt sind. Auch hier können regionale Lösungen gefunden werden. Der Gemeinderat Altdorf geht davon aus, dass nach Vorliegen der zu erwartenden Kosten und der konkreten Aufgaben eine neue Vernehmlassung durchgeführt wird.

Die zukünftige Entwicklung, speziell im Zusammenhang mit dem Tourismusresort kann heute nicht beantwortet werden. Da eher eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit in Frage kommt, können wir keine Ansprechperson melden.

Mit der Einsetzung einer Person, welche für die Ausführung der internen Integrationsaufgaben verantwortlich ist, können wir uns einverstanden erklären. Es ist jedoch notwendig, dass die Gemeinde über die Umsetzung selber entscheiden kann.

Unserer Auffassung nach stellt sich nämlich die „Integrationsfrage“ in jeder Gemeinde unterschiedlich. Wie erwähnt, sind wir in unserer Gemeinde praktisch nicht von solchen Fragen betroffen.

Der Gemeinderat will deshalb über die Umsetzung von Aufgaben selber entscheiden können, ob es in unserer Gemeinde solche braucht oder nicht.

Die Gemeinde Erstfeld ist bereit, eine Kontaktperson zu bezeichnen.

Die vorgeschlagenen Zusammenarbeitsstrukturen werden grundsätzlich begrüsst. Als Kontaktperson für den Informationsfluss innerhalb der kommunalen Verwaltung sowie die Vorbereitung der Phase 2 (Integrationsverantwortliche) bezeichnet der Gemeinderat Gurtellen die Gemeindeschreiberin Annerose Furger. Angesichts des Anforderungsprofils für die Integrationsverantwortlichen der Gemeinden sind für kleinere (und mittlere) Gemeinden zwingend regionale Lösungen anzustreben (analog Sozialwesen).

Für die Verhältnisse der Gemeinde Isenthal kommt der Alleingang nicht in Frage. Die Professionalität könnte in dieser Kleinheit nicht sichergestellt werden. Im Bedarfsfall müsste eine Zusammenarbeit gefunden werden (System Regionale Sozialdienste). Die Kontaktperson für die Gemeindebehörde muss, in Erwägung der Kleinheit, regional oder von einer anderen Gemeinde eingesetzt werden können.

Die im Konzept beschriebenen Zusammenarbeitsstrukturen gehen grundsätzlich in die richtige Richtung und sind weiter zu verfolgen. Bereits heute bestehende, bewährte Zusammenarbeitsstrukturen sind beizubehalten. Als Ansprechstelle für Integrationsfragen mit der vorläufigen Funktion als Kontaktperson stellt sich für die im Sozialrat Uri Nord zusammengeschlossenen Gemeinden, zu denen auch Seedorf gehört, Herrscher Christine, Altdorf, zur Verfügung. Die Nomination von Herrscher Christine als Kontaktperson gilt lediglich

Gemeinderat Andermatt

Gemeinderat Bürglen

Gemeinderat Erstfeld

Gemeinderat Gurtellen

Gemeinderat Isenthal

Gemeinderat Seedorf

für die 1. Phase.

Wir finden es sinnvoll, wenn eine integrationsverantwortliche Person gemeindeübergreifend eingesetzt werden kann, eventuell über den Sozialdienst Nord. Die betroffenen Gemeinden sind jeweils über die Umsetzung von Integrationsmassnahmen zu informieren.

Wir können momentan keine Kontaktperson benennen.

Der Gemeinderat Silenen schlägt vor, dass für die Funktion des Integrationsverantwortlichen der Gemeinde, regionale Lösungen (analog Sozialwesen) anzustreben sind. Der Gemeinderat begründet seinen Vorschlag mit dem Anforderungsprofil an die Stelleninhaber (z.B. eine Person für das Urner Oberland). Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Gemeinde Silenen keine Kontaktperson benennen.

Siehe Antwort 2: *Information finden wir wichtig; aber dazu benötigt es keine „professionell“ ausgebildete Person.*

Der Aufbau der verbindlichen Zusammenarbeitsstrukturen wird als Sinnvoll gewertet. Wie aus dem Bericht 3.1 1. Phase festgehalten wird, wird die Gemeinde Spiringen (als nicht betroffene Gemeinde) zur Zeit keine Kontaktperson stellen.

Zustimmend. Die Kontaktperson in der Gemeinde Wassen ist Gemeindevorschreiber Iwan Stampfli-Püntener.

Die integrationsverantwortliche Person sollte aufgrund der vielfältigen Aufgaben und mit Rücksicht auf die Einwohnerzahlen gemeindeübergreifend eingesetzt werden.

Gemeinderat Seelisberg

Gemeinderat Silenen

Gemeinderat Siskon

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Wassen

4.4 Welche Haltung haben Sie zur im Konzept erwähnten Massnahme „Pilotprojekt Erstinformation (3.6.1)?

Der Gemeinderat Altdorf begrüsst es, dass aus dem Ausland zuziehende Personen über die Angebote des neuen Wohnortes informiert werden. Solche Gespräche dürfen aber keinesfalls reine „Begrüssungsgespräche“ sein. Erstgespräche sind nur dann sinnvoll, wenn der in diesem Gespräch festgestellte Bedarf an Integrationsmassnahmen (z.B. Deutschkurse) auch verpflichtend in einer Integrationsvereinbarung festgehalten wird und die Einhaltung dieser Vereinbarung in angemessenen Zeitabständen auch kontrolliert wird.

Sollte die Massnahme als Pilotprojekt nur in zwei Gemeinden durchgeführt werden, müssen die Kosten dieses Pilotprojektes vollumfänglich vom Kanton als Initiant dieses Pilotprojektes übernommen werden. Wenn die Gemeinden verpflichtet werden, diese Massnahme durchzuführen, muss dies ebenfalls für

Gemeinderat Altdorf

alle Gemeinden gelten.

Der Aufwand dieser Massnahme für die Gemeinden (personell und finanziell) ist völlig unklar. Beides muss konkretisiert werden, bevor zu diesem Projekt eine Zustimmung erteilt werden kann.

Bei der Erstellung der Informationsbroschüre müssen die Gemeinde eingebunden werden. Nur dann werden sie konsequent an den Adressaten abgegeben. Für die Einrichtung einer Fachstelle müssen grundlegende Fakten vorhanden sein, die eine solche Stelle rechtfertigen. Für eine gesetzliche Grundlage sollen fundierte Erfahrungen gesammelt und dokumentiert werden.

Gemeinderat Andermatt

Aus unserer Sicht haben wir dagegen nichts einzuwenden.

Gemeinderat Bürglen

Unsere Haltung für die Information und Beratung ist positiv. Aber auch in diesem Bereich muss die Kostenfrage vor der Budgetberatung geregelt werden.

Gemeinderat Erstfeld

Das Pilotprojekt „Erstinformation“ wird grundsätzlich unterstützt. Die Umsetzung des Pilotprojektes soll jedoch auch vom Interesse, der Akzeptanz und Nutzung der einzelnen Angebote durch Ausländerinnen und Ausländern abhängig gemacht werden.

Gemeinderat Gurtellen

Das Pilotprojekt „Erstinformation“ kann durchaus Sinn machen wenn es professionell organisiert wird. Für die Gemeinde Isenthal kann dies im Alleingang nicht sichergestellt werden. Es müsste eine regionale oder kantonale Zusammenarbeit gefunden werden (fachliche Unterstützung der Gemeindebehörden)

Gemeinderat Isenthal

Der GR Seedorf sieht gestützt auf die eigenen Strukturen in der Gemeinde Seedorf vor allem Handlungsbedarf auf der kantonalen Ebene. Das Ausarbeiten von Informationsbroschüren mit den wichtigsten Informationen in der jeweiligen Landessprache (Punkt 1) sowie von Flyern und Merkblättern (Punkt 6) wird begrüsst. Bei den übrigen Punkten des Massnahmenkataloges (Interkulturelle Vermittler, Erstinformation für Neuzuziehende, Sensibilisierungskampagne, Fachstelle für Ausländer) sind weitere Abklärungen vorzunehmen und insbesondere deren Kostenfolgen für die Gemeinden aufzuzeigen.

Gemeinderat Seedorf

Wir erachten die Abgabe von Informationsbroschüren in verschiedenen Landessprachen an Neuzuziehende als sinnvoll. Ob Erstbegrüssungsgespräche als Teil der Erstinformation möglich sind, hängt von der jeweiligen Verständigungsmöglichkeit ab. Bei unzureichenden Sprachkenntnissen müsste ein Dolmetscher beigezogen werden. Sind die

Gemeinderat Seelisberg

Personalressourcen dazu vorhanden und wer übernimmt die Kosten?

Bei diesen Erstbegrüssungsgesprächen sind Integrationsvereinbarungen abzuschliessen (z.B. Besuch eines Deutschkurses usw.). In diesen Vereinbarungen

werden auch die möglichen Folgen im Falle einer Nichterfüllung der Auflagen festgehalten.

Der Gemeinderat Silenen ist mit dem Vorschlag grundsätzlich einverstanden. Die Details sind mit den jeweiligen Kontaktpersonen abzusprechen.

Gemeinderat Silenen

Punkt 1 (Informationsbroschüren) und Punkt 5 (Flyer und Merkblätter in allen Sprachen) finden wir sinnvoll. Der Rest (Begrüßungsgespräche, Fachstelle etc.) erübrigt sich.

Gemeinderat Siskon

Für Gemeinden, welche sich mit der Integration von Ausländerinnen und Ausländer auseinandersetzen müssen, sieht der Gemeinderat die erwähnten Massnahmen als sinnvoll.

Gemeinderat Spiringen

Das Pilotprojekt „Begrüßungsgespräche“ bis 2012 ist begrüßenswert. Gestützt auf die gemachten Erfahrungen wird sich zeigen ob dies für die Zukunft eine positive und tragbare Massnahme sein wird.

Gemeinderat Wassen

5 Zusammenfassung

5.1 Allgemeine Bemerkungen zum Bericht

Es äussern sich drei Gemeinden mit allgemeinen Bemerkungen. Eine Gemeinde nimmt eine positive Haltung ein, **eine weitere hält fest, dass sie kaum von Integrationsfragen betroffen ist. Die dritte Gemeinde hält fest, dass sie sich mit dem Umsetzungskonzept nicht identifizieren kann (Konzept nicht notwendig; Umsetzung finanziell nicht tragbar; heutiges System genügend). Gestützt auf diese Ansicht verzichtet die Gemeinde auf die weitere Beantwortung des Fragebogens.**

5.1.1 In welchem Umfang ist Ihre Gemeinde betroffen, wenn es um die Integration von Ausländerinnen und Ausländer geht?

Die Antworten werden von 12 Gemeinden gegeben. Altdorf und Erstfeld sind explizit von der Integrationsthematik betroffen, Andermatt sieht erst bei einem Anstieg der Ausländerzahlen verstärkten Handlungsbedarf. Die anderen neun Gemeinden stufen ihre Betroffenheit als gering bzw. als gar nicht vorhanden ein.

5.1.2 Wie stellen Sie sich grundsätzlich zum beiliegenden Umsetzungskonzept Integration?

Von den **13** rückmeldenden Gemeinden sind zehn grundsätzlich positiv eingestellt. Isenthal und Siskon erachten die Massnahmen im Umsetzungskonzept als unverhältnismässig, da sie wenig bis gar nicht davon betroffen sind. **Flüelen kann sich mit dem Umsetzungskonzept in keiner Weise identifizieren und erachtet ein Umsetzungskonzept oder eine Ausweitung der Bemühungen zur Integration von Ausländerinnen und Ausländer als nicht notwendig.**

Die Mehrheit der positiv eingestellten Gemeinden äussert, dass die Kostenregelung und -folgen für die Gemeinden geklärt und offengelegt werden muss.

Ebenfalls wird von drei Gemeinden erwähnt, dass wohl die Integrationsmassnahmen auf behördlicher Ebene beschrieben werden, jedoch die Pflicht der Ausländerinnen und Ausländer zur Integration nirgends ersichtlich werde.

5.1.3 Wie stellen Sie sich zu den beschriebenen Zusammenarbeitsstrukturen (3.1) des Konzeptes (konkret, sind sie bereit eine Kontaktperson zu benennen)?

Von den 12 antwortenden Gemeinden zeigen elf ein grundsätzliches Einverständnis zur Zusammenarbeitsstruktur. Sechs davon befürworten es eine regionale Lösung (Analog zum Sozialdienst) für die Bezeichnung der Kontaktpersonen. Für die Bezeichnung von Integrationsverantwortlichen in den Gemeinden wollen die Gemeinden Altdorf und Gurtellen eine konkrete Darlegung der Aufgaben, Zuständigkeiten und Kostenfolgen für die Gemeinden.

5.1.4 Welche Haltung haben Sie zur im Konzept erwähnten Massnahme „Pilotprojekt Erstinformation“ (3.6.1)?

Neun der 12 Rückmeldungen sind grundsätzlich positiv. Andermatt, Seedorf und Sisikon begrüßen die Erarbeitung von Informationsmaterialien, sehen aber für "Erstgespräche" keinen Bedarf oder eine Bedarfsklärung. So wird das Erarbeiten von Informationsmaterialien von der Mehrheit der Gemeinden als sinnvoll erachtet. Altdorf, Gurtellen und Seelisberg erwähnen hier, dass die Verpflichtung von Ausländerinnen und Ausländern zu Integrationsmassnahmen Bestandteil der "Erstgespräche" sein soll.

Auch hier wird die Kommunikation der Kostenfolgen für die Gemeinden von Altdorf, Erstfeld und Seedorf gewünscht.

Fazit:

Die Mehrheit der Gemeinden äussert sich positiv zu den im Umsetzungskonzept beschriebenen Integrationsmassnahmen.

Die Kontaktpersonen (erste Phase) sollen auch mit einer regionalen Lösung (analog zum Sozialdienst) bezeichnet und bedarfsgerecht für die betroffenen Gemeinden eingesetzt werden können.

Die im Konzept vorgeschlagene spätere Bezeichnung von Personen, welche für die Ausführung der Integrationsaufgabe auf Ebene Gemeinde verantwortlich sind (integrationsverantwortliche Personen) bedarf aber weiterer fundierter Abklärungen. In diesem Punkt muss das Konzept angepasst werden.

Für das Pilotprojekt "Erstinformation" werden wie im Konzept vorgesehen Informationsmaterialien erstellt. Dabei werden die Gemeinden, soweit sie betroffen sind, miteinbezogen. Für die "Erstgespräche" soll ein Konzept - welches die Bedingungen, Inhalte, Ablauf und auch Kostenfolgen für Kanton und Gemeinden beschreibt - erarbeitet werden und den Gemeinden Altdorf und Erstfeld im Frühjahr 2011 zur Stellungnahme vorgelegt werden.